

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift
Tageblatt Rieser,
Fecnes Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1530.
Girokonto:
Rieser Nr. 52.

Nr. 98.

Mittwoch, 27. April 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Stellen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife, Bewilligter Rabatt ertitelt, wenn der Vertrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Künftige Unterhaltungsbelege, Erzähler an der Elbe, — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Drucker, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Beziffer keine Ansprüche auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Rieser.

Zur Lage.

Der Beschluß der preussischen Regierung, den neuen Landtag schon zum 24. Mai zusammenzuberufen, hat in Berliner politischen Kreisen stark überrascht. Man nahm bisher nur an, daß das Kabinett seine Demissionsabsicht in der Öffentlichkeit durch eine besondere Erklärung unterbreiten würde, nachdem diese Absicht schon in der Wahlnacht ungewollt ausgesprochen worden war. Eine frühere Einberufung des Landtages erwartete man jedoch nicht. Selbst die nationalsozialistische Presse veröffentlichte in dem Augenblick, in dem die preussische Erklärung bereits bei den Telegraphenagenturen war, noch politische Informationen aus ihren Kreisen, die keinesfalls mit einem Zusammentritt des Landtags vor dem 16. Juni rechnet. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die anderslautende Entscheidung der preussischen Regierung in den Kreisen der Rechten mit etwas gemischten Empfindungen aufgenommen wurde. Die Zeitspanne für die Verhandlungen mit dem Zentrum ist dadurch sehr verkürzt worden, besonders auch, da die Lage um das Pfingstfest für politische Verhandlungen nur schwerlich in Frage kommen. Von weiteren politischen Gesichtspunkten aus begründet man jedoch den Beschluß des Preussenkabinetts. Er verhindert eine langwierige hinausgehende der Entscheidung. Er entlastet auch die Vorgesprächen und Vorbereitungen für die Lausanner Konferenz, deren Beginn jetzt endgültig auf den 16. Juni festgelegt worden ist, von einem innerpolitischen Druck, der für die deutschen Interessen sicher nicht förderlich gewesen wäre.

Das Berlin nach der Rückkehr des Kanzlers, die im Augenblick noch immer für Donnerstag erwartet wird, zum Zentralpunkt der innerpolitischen Verhandlungen werden dürfte, steht jetzt fest. Bereits am Sonnabend wird der geschäftsführende Vorstand der deutschen Zentrumspartei, wie wir erfahren, in Berlin zusammenzutreten, um sich über die Grundfragen der Verhandlungen mit den Nationalsozialisten auf der einen und dem bisherigen Preussenkabinett und den Sozialdemokraten auf der anderen Seite schlüssig zu werden. Anfang der nächsten Woche wird auch Adolf Hitler in Berlin erwartet, so daß dann die Hauptkontra- kten zum mindesten im Vorzimmer einer innerdeutschen Round-Table-Konferenz verhandelt sind. Was aus diesen Besprechungen allerdings hervorgehen wird, ist gegenwärtig beim besten Willen nicht vorherzusagen. Man legt besonders in Zentrumskreisen großen Wert auf die Festhaltung, daß die Initiative für Verhandlungen ausschließlich bei der NSDAP, als der größten deutschen Partei liegt. Man beabsichtigt keineswegs, von sich aus Annäherungsversuche zu unternehmen. Man wartet ab, ob von der Gegenseite konkrete Vorschläge vorgebracht werden.

Was bisher darüber in der nationalsozialistischen Presse und in Kreisen der Partei vorgebracht wird, klingt nicht sehr ermutigend. Viel kommentiert wird ein Artikel von Dr. Goebbels im „Angriff“, der zwar keinerlei konkrete Verhandlungsgeschichtspunkte anspricht, aber doch den Wunsch der NSDAP, zu einem Koalitionsgespräch mit dem Zentrum erkennen läßt. Viel bemerkt wird die Feststellung, daß die Nationalsozialisten sich bei ihrem weiteren Vorgehen nicht auf graue Theorien oder starre Doktrinen verlassen, sondern nur den Wunsch haben, „daß im Reich mit Klarheit und Wahrheit, sauber und anständig, mit festem Willen und harter Hand regiert wird“. In Zentrumskreisen weiß man demgegenüber darauf hin, daß eine solche Parole eigentlich schon durch die bisherige Politik der Regierung Brünning erfüllt worden ist und daß solche allgemeine Formulierungen über die Forderungen der Nationalsozialisten noch nichts belegen. Klaren Ausschluß über die Absichten der NSDAP würde nach Auffassung des Zentrums dagegen eine Zielungsnahme zu der Frage ergeben, inwieweit man auf nationalsozialistischer Seite nach einer Wahl des Abgeordneten Klubs (NSDAP) zum Landtagspräsidenten, die Wahl eines Sozialdemokraten zum ersten Vizepräsidenten zulassen würde. Nach Auffassung des Zentrums könnte allein ein solcher Entschluß die Anerkennung demokratischer Grundsätze durch die NSDAP ausdrücken. Man sieht bereits an einem solchen konkreten Fall, wie weit vorläufig noch die Kluft zwischen Zentrum und den Nationalsozialisten ist. Die Schlüsselstellung des Zentrums ist vorläufig noch immer so hart, daß ohne ganz große Kompromisse auf beiden Seiten eine Einigung undenkbar erscheint. Auch die Nationalsozialisten sehen diese Schwierigkeiten natürlich klar. Ob aber ihre Drohung „Wir sind stark genug, um unseren geschlagenen Gegnern in allen Parlamenten und öffentlichen Körperlichkeiten das Leben sauer zu machen“ allein genügt, um die Zentrumsführer zu einer radikalen Schwankung zu veranlassen, ist doch zweifelhaft. Es ist auch kaum wahrscheinlich, daß der Antrag auf Reichstagsauflösung irgendwelche Erfolge zeitigt, da die kleineren Parteien nach der letzten Wahl kaum Veranlassung haben werden, ihr eigenes Todesurteil zu unterschreiben. Es gibt deshalb schon heute sehr weit reichende Politiker, die den Fehlschlag aller Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten mit größter Bestimmtheit voraussagen. Auch wenn man nicht so weit gehen will, ist an sehr langwierigen Verhandlungen kaum zu zweifeln. Vor dem Zusammentritt des Landtages dürfte jedenfalls eine Entscheidung nicht fallen.

In diesem Zusammenhang sei kurz ein Gerücht registriert, das von einer bevorstehenden Umbildung der preussischen Regierung wissen will. Wir möchten annehmen, daß diese Nachricht den Tatsachen zum mindesten voraussetzt. Eine Umbildung des preussischen Kabinetts würde frühestens in Frage kommen, wenn die Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten ergebnislos abgebrochen sind und auf der anderen Seite fest mit einem vorläufigen Fortbestehen einer geschäftsführenden

Reichstag am 9. Mai.

Die Sitzung des Ältestenrates des Reichstages.

dda, Berlin. Der Reichstag wird — entsprechend einem Beschluß seines Ältestenrates vom Dienstag abend — am 9. Mai nachmittags drei Uhr wieder zusammentreten. Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Schulden- tilgungs-Gesetzes, durch das die See-Dampfer-Anleihe (Kreuzer-Anleihe) verlängert werden soll. In Verbindung mit der Beratung dieser Vorlage soll eine politische Debatte stattfinden, die zugleich formell als erste Lesung des Reichshaushaltsplans für 1932 gilt. Als Grundlage für diese Beratung wird der bis dahin fertiggestellte Etatsentwurf dienen, obwohl dieser am 9. Mai vom Reichsrat noch nicht verabschiedet sein wird.

In der politischen Aussprache sollen ferner Anträge mit behandelt werden, die die Parteien noch einbringen werden. Von den Kommunisten ist dazu bereits eine Interpellation angekündigt, die sich mit dem Fall Kreuzer beschäftigt, von der Nationalsozialisten ein Antrag auf Auflösung und Neuwahl des Reichstages. In der am 9. Mai beginnenden Reichstagsperiode, die zunächst nur vier Tage dauern soll, wird ferner auch ein Gesetz über die Abkündigung ausstehender weiblicher Beamter beraten werden. Nach der Pfingstpause wird der Reichstag voraussichtlich erst in der letzten Mai- oder ersten Juni-Woche wieder zusammentreten.

Die nationalsozialistische Fraktion hatte in einem Telegramm an den Reichstagspräsidenten Löbe die sofortige Freilassung des in Köln wegen des Ueberfalls auf den soz.-dem. Reichstagsabg. Wels festgenommenen Abg. Dr. Weg verlangt. Präsident Löbe teilte dem Ältestenrat mit, daß er von diesem Telegramm dem Reichsinnenministerium Kenntnis gegeben habe, damit dieses prüfe, ob Dr. Weg tatsächlich auf freier Tat ergriffen worden sei und deshalb in Haft gehalten werden könne. Der Ältestenrat nahm diese Mitteilung lediglich zur Kenntnis. Uebrigens liegen

dem Reichstag schon wieder 216 verschiedene Anträge auf Aufhebung der Immunität von Reichstagsabgeordneten vor.

Die wichtigste Entscheidung, die nach vierstägiger Debatte am Donnerstag vor Pfingsten im Reichstag fallen wird, ist die über den nationalsozialistischen Antrag auf Parlamentsauflösung. Das Schicksal dieses Antrages erscheint jedoch jetzt schon nicht zweifelhaft, da außer den Antragstellern keine einzige Fraktion ein Interesse an der Auflösung des Reichstages im Ältestenrat befundet hat und nach Auffassung weiter parlamentarischer Kreise auch tatsächlich nicht besteht. Man rechnet deshalb damit, daß dieser Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt wird.

Hindenburgs zweite Amtsperiode.

* Berlin. Die verläutet, soll die zweite Amtsperiode des Reichspräsidenten von Hindenburg in einer feierlichen Weise eingeleitet werden. Die Reichsregierung wird Flaggenhissung anordnen und die Länderregierungen werden das gleiche tun. Es ist weiter in Aussicht genommen, daß ein Gottesdienst im Dom stattfinden wird, an dem der Reichspräsident von Hindenburg teilnehmen wird. Die Reichswehr wird es sich nicht nehmen lassen, ihrem Oberbefehlshaber aus Anlaß seiner zweiten Amtsperiode militärische Ehren zu erteilen, außerdem dürfte ein Empfang der Reichsregierung und des Reichstagspräsidenten stattfinden.

Die Frage der Eidesleistung wird dadurch geklärt sein, daß der Reichspräsident v. Hindenburg als Staatsoberhaupt selbst der Eidesleistung ist, daß aus ethischen und religiösen Gründen ihn der einmal geleistete Eid für immer bindet.

Anfechtung des sächsischen Volksentscheids.

Dresden. (Funkdruck.) Die nationalsozialistische Landtagsfraktion hat den am 17. 4. erfolglos gebliebenen, von kommunistischer Seite eingeleiteten Volksentscheid auf Landtagsauflösung beim Sächsl. Oberverwaltungsgericht angefochten, da bei der Abstimmung gewaltige Wahlbeeinträchtigungen und Verletzung des Wahlgeheimnisses vorgekommen seien.

Drewitz wieder Vorsitzender der Wirtschaftspartei.

Berlin. (Funkdruck.) Die das Nachrichtenbüro des VDA, meldet, wird erst jetzt bekannt, daß der Reichsausschuss der Wirtschaftspartei einstimmig den Reichstagsabgeordneten Drewitz wieder zum Vorsitzenden der Wirtschaftspartei gewählt hat. Drewitz hatte seinerzeit sein Amt als Parteivorsitzender niedergelegt im Zusammenhang mit persönlichen Angriffen, die gegen ihn gerichtet waren. Nach der gerichtlichen Klärung dieser Vorgänge haben die maßgebenden Parteimitglieder keinen Anlaß gesehen, Drewitz nicht wieder mit dem Parteivorstand zu betrauen. Die Führung der Reichstagsfraktion behält der Abg. Dollath. Der zwischenzeitliche Parteiführer Dr. Bredt ist noch immer leidend.

Zeitweise Fahrpreis-Ermäßigung bei der Eisenbahn.

Tagung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft.

Berlin. (Funkdruck.) Vom 25. bis 27. April faate in Berlin der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft. Er genehmigte Geschäftsbericht und Bilanz für das Rechnungsjahr 1931 und beschloß die Ausschüttung einer 70prozentigen Dividende auf die ausgegebenen Vorzugsaktien Serie 1-5.

In der Verkehrsentwicklung im ersten Vierteljahr des Jahres 1932 drückt sich die weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage im vollen Maße aus. Der Güterverkehr erbrachte gegen die gleiche Zeit des Vorjahres 31 Prozent weniger Einnahmen, gegen 1929 sogar 52 Prozent weniger. Beim Personenverkehr machte sich ein Einnahmenschwund gegenüber dem Vorjahr von etwa 17 Prozent, gegen das Jahr 1929 von nahezu 26 Prozent bemerkbar.

Um den Reiseverkehr zu beleben, hat der Verwaltungsrat seine Zustimmung zu einer vorgeschlagenen Fahrpreis-Ermäßigung. Danach wird vom 1. 6. d. J. ab der Schnell- und Eilzugzuschlag um die Hälfte ermäßigt. Das Spannungsverhältnis bei den Monats- und Schülermonats- und Teilmonatsfahrten wird geändert, so daß eine Ermäßigung zwischen 8 und 21 Prozent eintritt. Außerdem werden nunmehr Urlaubsfahrten für die Zeit vom 1. 6. bis 15. 10. 32 eingeführt mit einer 20prozentigen Fahrpreis-ermäßigung und einer Geltungsdauer von 2 Monaten, wobei die Reise sich mindestens auf 200 Kilometer erstrecken muß und die Rückreise nicht vor dem 11. Weltungstage angetreten werden darf. Vorausgesetzt wird, daß diese Urlaubsfahrten sich auf Reiseziele in Deutschland erstrecken.

Regierung Braun in Preußen gerechnet werden kann. Erst dann ist es möglich, ernsthaft eine derartige Umbildung zu diskutieren.

„Graf Zeppelin“ wieder in Friedrichshafen.

|| Friedrichshafen. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“, das am 2.35 Uhr Basel überflogen hatte, erschien am 2.55 Uhr zum ersten Mal über dem Landungsplatz. Es war ein herrlicher Anblick, als das Luftschiff mit dem Scheinwerfer den Platz und den See beleuchtete. Die Landung vollzog sich glatt um 5 Uhr. Die Fahrzeit bis zum ersten Erscheinen des Luftschiffes in Friedrichshafen betrug 96 Stunden 50 Minuten. Am Bord befanden sich 14 Passagiere und 180 Kilogr. Post.

Groeners Vortrag bei Hindenburg

Berlin, 27. April.

Reichsminister Groener hat bei seinem Empfang durch den Reichspräsidenten die Ergebnisse der Prüfung unterbreitet, um die der Reichspräsident in dem bekannten Schreiben vom 15. April erlucht hatte. Es ist anzunehmen, daß Reichsminister Dr. Groener nunmehr von dem Ergebnis seiner Untersuchung und den Ergebnissen seiner Unterredung mit dem Reichspräsidenten in der nächsten Sitzung des Reichskabinetts Mitteilung machen wird. Wann diese Kabinetts-sitzung stattfinden wird, ist im Augenblick noch nicht zu übersehen, da noch nicht feststeht, wann der Reichskanzler aus Genf nach Berlin zurückkehrt. Jedenfalls dürfte das Reichskabinett kaum vor Beginn der nächsten Woche zusammentreten.

Von gut unterrichteter Seite erfahren wir dazu, daß Reichsminister Groener sich gegenüber den ausgesprochenen Wünschen des Reichspräsidenten, daß alle Sonderorganisationen der Parteien mit militärischem Charakter gleichmäßig behandelt werden müssen, nachgiebig gezeigt hat. Eine entsprechende Entscheidung des Reichspräsidenten wird allerdings erst erfolgen, wenn der Reichskanzler selbst wieder nach Berlin zurückgekehrt ist. Es steht dann zu erwarten, daß die Verordnung des Reichspräsidenten über das SA-Verbot eine Ergänzung findet, in der der Reichsregierung eine gleichmäßige Behandlung derartiger Organisationen zur Pflicht gemacht und in der sie wahrscheinlich weiterhin aufgefordert wird, eine sorgfältige Ueberwachung noch bestehender Verbände durchzuführen. Mit einem Verbot des Reichsbanners als solchem dürfte nicht zu rechnen sein.

Berlin. (Funkdruck.) Nach den bisherigen Presse-Erörterungen über den geirigen Besuch des Reichswehrministers Groener beim Reichspräsidenten erfahren wir von unterrichteter Seite, daß Minister Groener dem Reichspräsidenten im einzelnen seine Auffassung über das Material erklärt hat, das einerseits ihm vom Reichspräsidenten angeleitet und andererseits vom Reichsinnenministerium selbst beschafft worden ist. Man nimmt in unterrichteten Kreisen an, daß nach der Rückkehr des Reichskanzlers aus Genf in einer Kabinetts-sitzung abschließend zu der ganzen Angelegenheit, betr. das Reichsbanner, Stellung genommen wird.